# ÖFFENTLICH IST WESENTLICH BEIFALL ALLEINE GENÜGT NICHT

#### Mehr Anerkennung und Respekt

Es musste erst eine Pandemie kommen, um zu erkennen, wie wichtig die Berufe des öffentlichen Dienstes sind, nämlich der Gesundheitsversorgung, der Bildung und Kinderbetreuung, der Ver- und Entsorgung, der Sozialen Dienste, des Nahverkehrs, der Post- und Paketdienste und des Einzelhandels.

Die Krankenschwester, die Servicekraft im Altersheim, die Kassiererin im Supermarkt, der Müllmann der Erzieher in der Kita – sie alle wurden plötzlich "systemrelevant". Das heißt: Ohne sie geht gar nichts. Sie bekamen zurecht Beifall von Balkonen und Versprechen der Politik. Auffällig ist, dass gerade diese Berufe schlecht bezahlte Berufe sind in Bereichen, wo oft keine Tarifbindung besteht und die oft aus der einst öffentlichen Hand in den privatwirtschaftlichen Bereich geschoben wurden. Verdi fordert seit langem eine Aufwertung dieser Berufe durch eine angemessene Bezahlung und gute Arbeitsbedingungen. Wirklicher Respekt und Anerkennung muss genau hier anfangen.

### Frauen sagen: "Danke" genügt nicht!

Frauen stehen in der vordersten Reihe, wenn

es darum geht die Krise, in der wir uns seit Monaten befinden und noch lange befin-



den werden, zu bewältigen. Drei von vier Beschäftigten in den sogenannten systemrelevanten Berufen sind Frauen. Auch gerade deshalb brauchen wir allgemeinverbindliche Tarifverträge, die als Mindestbedingungen mehr als die Lohnfrage regeln, zum Beispiel um weg zu kommen von der hohen Arbeitsbelastung, Arbeitshetze, Überstunden und Personalmangel.

## Wir sind öffentlich. Wir sind wesentlich. Wir sind es wert.

Die Corona-Krise hat das öffentliche, wirtschaftliche, soziale und private Leben aller auf den Kopf gestellt. Dem öffentlichen Dienst kam und kommt in der Krise eine ganz besondere Bedeutung und Verantwortung zu: Die Beschäftigen in Bund, Ländern und Kommunen halten mit ihrer Arbeit die ganze Gesellschaft zusammen. Sie beraten, betreuen und unterstützen die Bürgerinnen und Bürger in allen Belangen des öffentlichen Lebens und der lebensnotwendigen Daseinsvorsorge. Dafür brauchen die Beschäftigen – in Bund, Land und Kommunen 2,3

KUNDGEBUNG des ver.di Ortsvereins Böblingen

Samstag 18.07.20 / 10 bis 11 Uhr /

Planie Dreieck (Marktplatz) Sindelfingen

Millionen Menschen – gute Arbeitsbedingungen, dauerhaft gute Löhne, Gesundheitsschutz und mehr Kolleginnen und Kollegen. Denn: Applaus allein reicht nicht! Erste Gespräche mit den kommunalen Arbeitgebern wurden ohne Ergebnis beendet.

"Die kommunalen Arbeitgeber streben offensichtlich eine konfliktorientierte Tarifrunde im Herbst an. Applaus war gestern - jetzt scheint Undankbarkeit angesagt zu sein. ver.di wird sich in den kommenden Wochen entsprechend auf die Tarifrunde vorbereiten"

sagte der ver.di- Vorsitzende Frank Werneke im Anschluss an die Gespräche Mitte Juni.

#### Öffentlich ist wesentlich

Die in der Krise noch offensichtlicher gewordenen Defizite der Infrastruktur (Kliniken, Bildung, Nahverkehr, Wohnen etc.) sind der Privatisierung öffentlicher Aufgaben für Profitinteressen privater Konzerne geschuldet. Um gesellschaftlichen Zielen und den Bedürfnisse der Menschen gerecht zu werden muss die Daseinsvorsorge zwingend in öffentlicher Hand sein.

Dazu ist die Diktatur der "schwarzen Null" zu-

beenden. Sonst werden vor allem Städte und Gemeinden als

wichtigste Aufgabenträger finanziell ausgezehrt und durch Schuldenbremsen weiter in die Privatisierungsfalle getrieben.

Fehlende Gewerbesteuereinnahmen und eine ungerechte Steuerpolitik gefährden die öffentliche Daseinsvorsorge bereits seit langem. Weitere Kürzungen drohen. Arbeitssituation und die Bezahlung der Beschäftigten werden so immer schlechter. Das muss ein Ende haben. Ver.di schlägt dazu u.a. ein umfassendes Konjunktur- und Investionsprogramm vor.

www.verdi.de

ver di

#### Was will die Gewerkschaft Verdi?

Wir werden daran arbeiten, gemeinsam mit Sozialverbänden, sozialen Bewegungen und progressiven Parteien gesellschaftliche Mehrheiten für einen sozial-ökonomischen Umbau zu organisieren, der sich an den gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht an der Profitmaximierung orientiert, der zu mehr Verteilungsgerechtigkeit führt und zu dessen Finanzierung die großen Vermögen beitragen.

(ver.di.Bundesvorstand am 29. 6.2020)

V.i.S.d.P. Ursula.Schorlepp /ver.di Bezirk Stuttgart/ Willi-Bleicher Str.20/

Der Kampf für mehr Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft geht weiter:

# IHRE KRISE ... Nicht auf unserem Rücken!

# Demonstration: Samstag, 18. Juli, 14.00 Uhr, Marienplatz

Die Corona-Pandemie beschleunigt eine der größten Weltwirtschaftskrisen der Geschichte. Die spürbaren Folgen sind Entlassungen, Lohnkürzungen und Sozialabbau. Der Auslöser ist ein Virus, die Ursache der Kapitalismus. Wir sind der Meinung: Die Reichen müssen für die Krise bezahlen.

Denn sie sind es, die jahrelang von Privatisierungen, Sozialabbau, Niedriglöhnen und einer ungerechten-Steuerpolitik profitiert haben. Wir wollen nach vorne und eine solidarische Zukunft durchsetzen.

**Aufruf: Krisenbündnis Stuttgart** mit dabei sind u.v.a. *Verdi- Bezirk Stuttgart*, NGG Region Stuttgart, Die LINKE, SÖS-Stuttgart Sozial, Die Anstifter, Seebrücke Stuttgart, Württembergischer Kunstverein, Zukunftsforum Stuttgarter Gewerkschaften